

ausgestatteten Gebäuden für die Nutzung von IT, IT-Center, ausreichender Internetbandbreite, PC-Pools für Universitätsangehörige und Ausstattung für die Hochschulverwaltungen. Ferner gibt es an vielen Universitäten noch keine Computer-Science-Fakultäten.

7. Ausblick

Mit dem bisherigen Engagement in Afghanistan im Bereich IT/Computer Science hat das ZiK die IT-Strukturen für eine solide und

erschienen in der Fiff-Kommunikation,
herausgegeben von Fiff e.V. - ISSN 0938-3476
www.fiff.de

Durch die rasante Ausbreitung privaten und öffentlichen Lebens in Afghanistan entsteht ein großer Bedarf an neuen Berufen wie z.B. Informatikern, Systemelektronikern, Softwareentwicklern, IT-Projektmanagern, Webdesignern, System- und Netzwerkadministratoren, IT-Beratern, Datenbankentwicklern, Dozenten und Lehrern.

Um die geschaffenen Strukturen weiter auszubauen und den wachsenden Bedarf an IT-Expertise in Afghanistan zu decken, sollen daher vor allem Sonderprogramme für IT-Aus- und Weiterbildungen für Mitarbeiter der Universitätsverwaltungen und andere Hochschulangehörige durchgeführt sowie die Modernisierung der Verwaltung und die Gründung von IT-Abteilungen vorangetrieben und IT-Beauftragte an den Hochschulen ernannt werden.

Vor diesem Hintergrund und auf Basis des nationalen Strategieplans² des MoHE wird das ZiK seine Aktivitäten 2015 weiter fortsetzen und sich auch im Rahmen der beginnenden Transformationsdekade durch gezielte Maßnahmen darauf konzentrieren, den Aufbau einer sicheren, integrierten und funktionierenden IT-Versorgung im Bereich höhere Bildung weiterhin nachhaltig voranzubringen.

Zu den Maßnahmen der kommenden Dekade zählen neben der Weiterführung der akademischen Ausbildung in Form von Master- und PhD-Programmen ein Ausbildungsprogramm im ZiK der TU Berlin errichteten Projekten, in denen sich das ZiK eines stabilen und sicheren Hochschulnetzes (Afghanistan Research and Education Network, Af-gREN), die IT-gestützte Modernisierung der Verwaltung (Higher Education Management Information System, HEMIS) und die Entwicklung von IT-Curricula sowie die Beratung bei allen Fragen der IT-Sicherheit.

Anmerkungen

- 1 Nazir Peroz: *IT Structures for Higher Education in Afghanistan, Project Overview 2001-2014, ZiK-Report, November 2014*
- 2 *Measures for the implementation of the National IT Strategy Plan for Higher Education in Afghanistan, November 2012*

Dagmar Boedicker

Die Büchse der Pandora

CETA, TTIP, TiSA

Bis jetzt dreht sich die öffentliche Kritik an TTIP und TiSA¹ vor allem um die Schiedsgerichte und den Investorenschutz (ISDS)² sowie die Folgen des Abkommens für unsere Lebensmittelsicherheit und den Naturschutz. Das lenkt von anderen wichtigen Themen ab, wie der öffentlichen Beschaffung, der Kultur und dem Datenschutz. – Es sind aber Schwerpunkte für uns als Fiff e. V., deshalb möchte ich sie kurz beleuchten.

Ich bitte um Nachsicht, wenn das keine leichte Lektüre ist. Transparenz auf dem Gebiet des Freihandels bedeutet entweder Hunderte oder Tausende von Seiten, meist in englischer Sprache, oder Öffentlichkeitsarbeit in Gestalt trivialer Frage-und-Antwort-Listen. Oder, wie mir ein Mitarbeiter des bayerischen Wirtschaftsministeriums erklärte: Sie müssen eben Vertrauen in unsere Bürokratie und in Ihre Abgeordneten haben.



Datenschutz

Eine Analyse der Generaldirektion für Außenpolitik³ fasst wesentliche Kritikpunkte der Zivilgesellschaft an TTIP so zusammen:

1. Die Lobby mächtiger IKT-Konzerne wird den profitträchtigen Datenhandel nicht einschränken lassen.
2. ACTA⁴ könnte durch die Hintertür wieder einziehen.

Laut dieser Analyse verteidigt die EU-Kommission (EK) das Abkommen, indem sie sich zum ersten Punkt auf die geltende Regelung des Datenschutzes zwischen USA und EU durch Verträge wie *Safe Harbor* beruft. *Safe Harbor* ist ein Abkommen

zur Übermittlung von Daten zwischen der EU und den USA, bei dem die Unternehmen in den USA selbst erklären können, dass ihre Verarbeitung der Daten mit europäischen Standards vergleichbar ist. Ob das stimmt, wird in der Regel nicht geprüft. *Safe Harbor* wurde nach den Snowden-Enthüllungen von vielen Datenschützern, von der G29⁵ und sogar der letzten Justiz-Kommissarin Viviane Reding in Frage gestellt. Das Europäische Parlament forderte seine Aussetzung.⁶

Zum zweiten Punkt bestreitet die Kommission, dass ACTA-Regelungen in TTIP eingehen können. Nachdem der Entwurf eines Dokuments durchgesickert war, musste die EK zugeben, dass es doch eine Verbindung zwischen ACTA und einer Auflage für Internet-Service-Anbieter gegeben habe. Sie sei später aber entfallen.

Karel de Gucht, EU-Handelskommissar und Verhandlungsbeauftragter in der letzten EK, der es gegenüber dem Europäischen Parlament (EP) und der Öffentlichkeit mit der Wahrheit nicht immer so genau genommen hat⁷, behauptete, dass Datenschutz nicht Inhalt der Verhandlungen sei.⁸

Die EU-Kommission hat im Juli 2013 von den Mitgliedstaaten das Mandat erhalten, mit den USA über TTIP zu verhandeln – auf ausdrücklichen Wunsch Deutschlands.⁹ Nichtregierungs-Organisationen und Abgeordnete im europäischen und in nationalen Parlamenten mussten beharrlich gegen die Geheimhaltung der zugehörigen Dokumente protestieren, bis die Kommission nach ersten Leaks schließlich Unterlagen veröffentlichte. Ein weiteres Mandat an die EK zum Freihandelsabkommen TiSA datiert vom März 2013, auch darüber wurde bisher wenig veröffentlicht. Inzwischen gibt es ein Leck: von *Associated Whistleblowers Press (AWP)*. Die darin veröffentlichten Informationen stehen im Widerspruch zur wiederholten Behauptung der EK, über Datenschutz werde nicht verhandelt (siehe Kasten zu TiSA).¹⁰

Was können TTIP/TiSA beim Datenschutz anrichten?

Die Regierungen der Mitgliedstaaten und die Kommission möchten den Eindruck erwecken, dass Datenschutz und der Schutz der Privatsphäre gar nicht berührt sind.¹⁵ Selbst Gutgläubige, die das für TTIP ernst nehmen wollen, müssen zu grübeln beginnen, wenn es um TiSA geht. Ein internationaler Handel mit Dienstleistungen lässt sich wohl kaum auf den anonymen Friseurbesuch reduzieren. Es geht beispielsweise um Finanzdienstleistungen,

um den Handel mit geistigem Eigentum, Lizenzen, um IKT und die Cloud, Logistik, Reisen, ... Ohne Vernetzung und Datenaustausch geht bei Google, Apple und Co. nun mal nichts.

Jan Philipp Albrecht, ständiger Berichterstatter des EP-Innen- und Justizausschusses (LIBE)¹⁶ für TTIP, schrieb:¹⁷

„Auf amerikanischer Seite wird dagegen alles versucht, um den europäischen Datenschutz zu unterlaufen. Dafür werden sogar neue Lobbyverbände gegründet - zum Beispiel die von der US-Großkanzlei Hogan Lovells koordinierte ‚Coalition for Privacy and Free Trade‘. Sie werben seit mehr als einem Jahr für ‚Interoperabilität‘ zwischen den europäischen und den amerikanischen Regeln zum Datenschutz. Damit ist eine gegenseitige Anerkennung der jeweiligen Regeln auf beiden Seiten des Atlantiks gemeint.“

und:

„Es ist daher zu befürchten, dass TTIP am Ende zumindest in abgeschwächter Form Regelungen enthalten wird, die unsere Datenschutzstandards unterlaufen. [...] Falls das TTIP-Abkommen beschlossen werden sollte, bevor die EU-Datenschutzreform in Kraft tritt, können sich Unternehmen aus den USA unter Umständen auf die berüchtigten Klauseln zum Investorenschutz berufen und gegen die neuen und schärferen europäischen Datenschutzregeln vor intransparenten Schiedsgerichten klagen.“¹⁸

TISA

Das *Trade in Services Agreement (TiSA)* ist das geplante Nachfolgeabkommen zu *GATS (General Agreement on Trade in Services)* der WTO. Im GATS waren Dienstleistungen aufgeführt, auf deren Liberalisierung sich die Vertragspartner geeinigt hatten (Positivliste).¹¹ TiSA listet dagegen alle Dienstleistungen in einer Negativliste, deren Liberalisierung ein Staat beschränken oder ausschließen darf. Was bedeutet: alle in dieser Liste nicht aufgeführten Dienstleistungen sind zu liberalisieren.

Gemäß einem Briefing vom 17. Dezember 2014 von Professor Jane Kelsey, Faculty of Law, University of Auckland, New Zealand und Dr. Burcu Kilic, Public Citizen, Washington D.C., USA., haben die USA folgende Ziele:¹²

- kommerzielle Interessen der US-amerikanischen Dienstleistungs-Industrie, besonders des IKT-Sektors, mit grenzüberschreitenden Angeboten fördern. Allgemein: Schutz der US-Position im Wettbewerb und der technischen und IPR¹³-Monopole;
- Datenbestände zum Nutzen von Regierung, transnationalen Konzernen (TNKs) und Dritten konsolidieren, sowohl für kommerzielle Zwecke als auch für die nationale Sicherheit;
- Regulierung durch Regierungen vermeiden oder minimieren, die globale Dienstleistungs-Unternehmen in ihren Aktivitäten und Gewinnen beeinträchtigt;
- ungehinderten Datenverkehr über die Grenzen garantieren.

Die Verhandlungen über TiSA begannen im März 2013 und sind – wie die über TTIP – geheim. Der Vorschlag der USA über E-Commerce, Technologietransfer, grenzüberschreitenden Datenverkehr und Netzneutralität wurde laut Kelsey/Kilic am 25. April 2014 eingereicht. Für fünf Jahre nach In-Kraft-Treten des Abkommens oder nach einem Scheitern der Verhandlungen sollen die Dokumente geheim bleiben.

50 Staaten verhandeln über TiSA.¹⁴ Die Volksrepublik China, Indien und Russland sind nicht dabei – warum wohl? Ich vermute, dass sie sich nicht über den Tisch ziehen lassen möchten und das auch nicht nötig haben.

In seinem Entwurf einer Stellungnahme fordert der LIBE-Ausschuss¹⁹ Transparenz bei den Verhandlungen und ruft den Handlungsausschuss des EP auf, Vorschläge in seine Resolution zu übernehmen wie:

- eine Menschenrechtsklausel in alle Handelsabkommen mit Drittstaaten, damit die Grundrechte-Standards der EU ausnahmslos garantiert sind;
- die Warnung, dass angesichts der EP-Resolution vom März 2014 über das NSA-Überwachungsprogramm die Zustimmung des Parlaments zu TTIP gefährdet sei, wenn solche anlasslosen Überwachungsaktivitäten nicht vollständig beendet und eine angemessene Regelung für den Schutz der Privatsphäre von europäischen Bürgerinnen und Bürgern gefunden würde;
- einen Verweis auf Art. XIV des GATS²⁰ und seine Datenschutz-Regelungen;
- die Forderung, in TTIP eine Klausel über europäischen Datenschutz ohne Ausnahme oder Konsistenzforderungen mit einzelnen TTIP-Abschnitten einzubringen;
- eine Erinnerung an die geltenden Regelungen zur Übermittlung an Drittstaaten und an die Möglichkeit, die Übertragung personenbezogener Daten in Drittstaaten zu untersagen, wenn diese die EU-Standards nicht angemessen erfüllen;
- eine Erinnerung daran, dass rechtliche Entscheidungen über Grundrechts-Konflikte nur von regulären Gerichten getroffen werden dürfen und Regelungen zu ISDS die Demokratie gefährden und den Rechtsweg verlegen können;²¹
- große Besorgnis über den TiSA-Entwurf, „durch den sämtliche Vorschriften und Schutzbestimmungen der EU für die Übermittlung personenbezogener Daten an Drittländer vollkommen untergraben würden“.

Im Vorschlag der USA über E-Commerce (und in den strittigen Freihandelsabkommen) spielen *forced localization*²² und *geographic indicators (GI)* eine wichtige Rolle. Ralf Bendrath erklärt die *Lokalisierung* in einem Artikel für *Eurozine* als Angriff der USA auf die Drittstaaten-Regelungen im europäischen Datenschutz:

*„From the US side, the debate is now being used to attack European rules and limitations for the transfer of personal data to third countries. They throw terms like ‚Schengen network‘, ‚cloud computing‘ and the third country rules of the EU Data Protection Directive into the same category, which they term ‚localization‘.“*²³

Nach Bendraths Einschätzung handelt es sich dabei um ein Ablenkungsmanöver, mit dem die Regelung ausgehebelt werden soll, die für die Übermittlung von Daten in Drittstaaten ein angemessenes Datenschutzniveau fordert. Routing und Datenverarbeitung seien aber zu trennen.

Europäische Werte

Auch die Artikel-29-Gruppe (G29) hat eine Erklärung²⁴ verabschiedet, die das Grundrecht auf Datenschutz bekräftigt und ausschließt, dass personenbezogene Daten einschließlich Metadaten als Ware behandelt werden dürfen. Die Autoren berufen sich auf europäische Werte wie Meinungsfreiheit, Nicht-Diskriminierung und Datenschutz, die miteinander und mit den Sicherheitserfordernissen in Einklang gebracht werden müssen. Sie verlangen die Unterordnung der kommerziellen und technischen Möglichkeiten oder Überwachungswünsche unter die sozial, ethisch, rechtlich und vernünftig akzeptablen Standards für die Menschen. Diese Datenschutz-Anforderungen müsse die digitale Wirtschaft erfüllen, um vertrauenswürdig zu sein.

Zur Überwachung aus Gründen der Sicherheit stellt die G29 fest, dass die geheime, massive und unterschiedslose Überwachung weder mit EU-Recht vereinbar noch ethisch akzeptabel ist. Die Datenschützer lehnen eine Vorratsdatenspeicherung ab, sofern sie nicht verhältnismäßig und mit wirkungsvollen Sicherungen auf das erforderliche Maß begrenzt ist. Mehrfach weisen sie in der Stellungnahme darauf hin, dass ihre Kritik sich auf private wie staatliche Akteure bezieht, und verlangen, dass das europäische Datenschutzniveau nicht verwässert werden darf durch *„bilaterale oder internationale Abkommen, auch nicht solche über den Handel mit Waren oder Dienstleistungen mit Drittstaaten.“*²⁵

Öffentliche Beschaffung von sozial und ökologisch verträglicher IT

Die Zustände bei der Produktion von IT-Geräten sind katastrophal, sowohl bei Rohstoffgewinnung und Arbeitsbedingungen als auch bei Entsorgung und Recycling. Seit Jahren fordern nationale und internationale Organisationen wie *Good Electronics*, *China Labor Watch*, *Germanwatch*, *WEED*²⁶, die *FifF-AG Faire Computer* und viele andere, dass sich das ändert. Wir Verbraucher sind weniger kritisch, weil wir Computer weder essen noch sie uns (bisher) direkt auf der Haut sitzen. Wir sind bequem. – Leider gibt es auch kaum faire Alternativen. Außerdem sind die Produktionsbedingungen globalisiert, kompliziert und intransparent, was es den Herstellern erleichtert, sich aus der Verantwortung zu stehlen.

Dagmar Boedicker

Dagmar Boedicker ist Journalistin und technische Redakteurin und hat Politikwissenschaft studiert. Sie ist seit langem Mitglied des FIF, war Vorstandsmitglied und stellvertretende Vorsitzende, und ist Redakteurin der *FifF-Kommunikation*.

Was tun, wenn individuelle und industrielle Käufer wenig Bereitschaft zur Verantwortung zeigen? Als Wähler und Finanziers können wir immerhin den Hebel der öffentlichen Beschaffung nutzen. Noch! Es gibt rechtliche Grundlagen für die öffentliche Vergabe von Beschaffungsaufträgen, und sie bestehen nicht nur aus Anforderungen an Preise und die diskriminierungsfreie internationale Vergabe. Kommunen, Bund und Länder können soziale und Umweltstandards anlegen.

Was können TTIP/TiSA anrichten?

Ein wesentliches Element von Freihandelsabkommen ist es, den „Bruch der legitimen Erwartungen von Investoren“²⁷ zu verhindern, der als indirekte Enteignung betrachtet wird. – Bisherige Auflagen für die öffentliche Beschaffung würden gemäß TTIP zwar voraussichtlich gültig bleiben. Eine Verbesserung der Kriterien könnte sich aber als nachträgliche Verschlechterung der Investitionsaussichten beurteilen lassen: KO-Kriterium, wenn ein Freihandelsabkommen mit entsprechendem Investorenschutz in Kraft wäre –, und damit KO-Kriterium für Forderungen nach einer sozialverträglicheren und ökologischeren öffentlichen Beschaffung, wenn Entscheidungen vor internationalen Schiedsgerichten landen.

Einen Ausblick liefert CETA²⁸.

„Das CETA-Kapitel über das staatliche Auftragswesen (Government Procurement) erfasst den Einkauf von Waren, Dienstleistungen und Bauleistungen durch Beschaffungsstellen der EU, des Bundes, der Bundesländer und der Gemeinden. [...] Im handelspolitischen Ausschuss des EU-Rats bekannten sich Kommissionsvertreter zu dem Ziel, einen integrierten Beschaffungsmarkt im Sinne eines ‚Buy Transatlantic‘ zu etablieren.“²⁹

Thomas Fritz kommt für *Campact* zur Einschätzung, dass auf der Basis von CETA einige Klauseln

„... ermöglichen könnten, die Auftragsvergabe zumindest an ökologische Kriterien zu koppeln. [...] Sozialstandards wie die Einhaltung von Tarifverträgen fehlen jedoch. [...] Laut Artikel IX.6 dürfen Beschaffungsstellen technische Spezifizierungen vorschreiben, die u. a. dem Schutz natürlicher Ressourcen oder der Umwelt dienen. Sozialstandards aber fehlen auch hier.“³⁰

Campacts Zusammenfassung:

„Erhält TTIP ähnliche Vergaberegeln wie CETA, entsteht ein vertiefter transatlantischer Beschaffungsmarkt, der öffentliche Aufträge privaten Unternehmen beiderseits des Atlantiks leichter zugänglich macht. Durch die Fixierung von Schwellenwerten, ab denen transatlantisch ausgeschlossen werden muss, verliert die öffentliche Hand Spielräume für eine autonome Einkaufspolitik. Sozial-ökologische Reformen des Beschaffungswesens wie Vergabe und Tariftruegesetze könnten mit TTIP-Regeln in Konflikt geraten.“³¹

Umweltschützer auf der ganzen Welt lehnen TTIP und CETA ab, sie kommen zum Ergebnis, dass sie die TNK dieser Welt in die

Lage versetzen werden, auf Menschen und Natur in den Vertragsstaaten, aber auch in anderen Ländern, einen inakzeptablen Druck auszuüben. Auch die internationalen Verteidiger der Bürgerrechte sehen keinen Nutzen in den Abkommen sondern vielmehr eine Bedrohung der Demokratie.

CETA

Die EK hat das Verhandlungs-Mandat auch erhalten für das *Canada-European Union Comprehensive Economic and Trade Agreement*, das Freihandels-Abkommen zwischen Kanada und der EU. Die Verhandlungen waren geheim. Der konsolidierte Text³² wurde am 26. September 2014 von der EK veröffentlicht. Zur Zeit findet die *Rechtsförmlichkeitsprüfung* statt, im Juli 2016 vermutlich das Zustimmungsverfahren im EP. Eine Ratifizierung durch die EU ist Ende 2018 zu erwarten.³³ Das Abkommen gilt als vergleichbar mit TTIP und wird häufig als *Blaupause* für TTIP bezeichnet. Es regelt die weitgehende Liberalisierung beispielsweise von Dienstleistungen (auch Finanz-Dienstleistungen), die Öffnung des IKT-Markts und der öffentlichen Beschaffung. Für internationale Ausschreibungen soll der Schwellenwert auf 200.000 Euro³⁴ gesenkt werden, die USA fordern einen Schwellenwert von 20.000.³⁵

Kultur

Kultur bereichert, inspiriert, verbindet oder wirkt kontrovers. Die Kunst ist frei. Wir haben aber gelernt: Handeln lässt sich nicht nur mit dem, was normale Menschen als Güter oder Waren betrachten. In den Augen derjenigen, die die Welt als Markt wahrnehmen, gehören dazu auch *commodities*, deren warenförmige Gestalt uns nicht auf Anhieb auffällt: Vorlesungen, Fernsehprogramme, Kinofilme, Bücher oder Zeitungen, geistiges Eigentum. ACTA hat uns das deutlich vor Augen geführt. Nach gehörigem zivilgesellschaftlichen Druck lehnte das Europäische Parlament ACTA ab.

Für diejenigen, die die Welt als Markt betrachten, ist Kultur vor allem *content*. Handelbar beispielsweise im E-Commerce, und dafür sollen Regelungen gelten, die die Diskriminierung ausländischer Anbieter untersagen (*Non-Discriminatory Treatment*). CETA nimmt die *Kulturwirtschaft* Kanadas von den Regelungen zur Nicht-Diskriminierung aus, für die EU sind aber nur *audiovisuelle Dienste* ausgenommen:

„For the EU, the Section on Establishment of Investments and Section on Non-Discriminatory Treatment do not apply to measures with respect to Audiovisual services. For Canada, the Section on Establishment of Investments and Section on Non-Discriminatory Treatment do not apply to measures with respect to cultural industries.“ (Artikel X.1, 3.)³⁶

Was können TTIP/TiSA in unserer Kultur anrichten?

Wenn wir davon ausgehen, dass CETA eine *Blaupause* für TTIP und TiSA darstellt, wäre europäische Kultur also weitgehend Freiwild auf dem Markt. Gegen protektionistische Maßnahmen

der Mitgliedstaaten könnten Konzerne mit dem Argument vorgehen, dass sie Investitionen behindern und/oder diskriminierend wirken.

Ein **Rechtsgutachten**³⁷ kommt zu dem Schluss, dass nationale Parlamente über CETA (und vergleichbare Freihandelsabkommen) mitentscheiden:

„Das CETA umfasst eine Vielzahl von Regelungsbereichen: Niederlassungsfreiheit, Zuwanderung, Bildungsanerkennung, Datenschutz, Urheberrecht, Finanzdienstleistungen, Investitionsschutz. Es ist deshalb zu prüfen, ob der EU für die Regelung der jeweiligen Sachbereiche im CETA eine Kompetenz zukommt. Wenn der Union für Teile des Abkommens die Verbandskompetenz fehlt, müsste ein sog. ‚gemischtes Abkommen‘ geschlossen werden, an dem auch die Mitgliedstaaten als Vertragsparteien beteiligt und nach ihren jeweiligen nationalen Vorgaben in den Ratifikationsprozess einbezogen werden.“³⁸

Was die Zuständigkeit im Bereich der Kultur betrifft, gilt für Deutschland:

„Die Vorgaben für die Verwaltungsverfahren der Länder (Art. 84 GG) und die Tatsache, dass [...] die Zustimmung der Länder dann notwendig ist, wenn – wie hier bspw. durch die Eingriffe in die Kultur- und Rundfunkhoheit der Länder – durch das Abkommen ausschließliche Länderkompetenzen berührt werden, führen dazu, dass das CETA ohne eine Zustimmung des Bundesrates nicht zustande kommen darf.“³⁹

Zusammenfassung

Wie das Europäische Parlament ACTA abgelehnt hat, so wird es auch beim Abschluss von CETA, TTIP, TiSA eine entscheidende Rolle spielen. Auch die nationalen Parlamente haben voraussichtlich ein Mitspracherecht, weil es sich um *gemischte* Abkommen handelt. Das sind Abkommen mit gemischter Zuständigkeit zwischen der EU, ihren Mitgliedstaaten und/oder deren nationalen Institutionen, in einem föderal organisierten Land wie Deutschland beispielsweise dem Bundesrat. Damit würden sich wahrscheinlich in Teilbereichen Nachverhandlungen durchsetzen lassen.

Fischer-Lescano/Horst beurteilen die Vereinbarkeit von CETA mit europäischem und deutschem Recht skeptisch, es ist wahrscheinlich, dass auch TTIP/TiSA nicht unserem Recht entsprechen. Verträge zwischen Nationen oder supranationalen Organisationen wie der EU sind aber nachträglich schwer aus der Welt zu schaffen. Grundsätzlich ist es höchst fraglich, ob diese Abkommen für uns als Bürgerinnen und Bürger Vorteile bringen.⁴⁰ Wohlstandsversprechen über TTIP sind bei genauer Betrachtung übertrieben⁴¹, die jährlich erwartete Höhe liegt unterhalb des statistischen Irrtums. Versprechungen von mehr Arbeitsplätzen sind zweifelhaft.⁴² Die Nachteile niedrigerer Preise haben sich herumgesprochen (Geiz ist *nicht* geil!), und wir sollten uns fragen, ob Wachstum das ist, was dieser Planet braucht, auch nur verkraften kann. Braucht er nicht vielmehr Nachhaltigkeit? Ver-

teilungsgerechtigkeit? Den Abbau von Barrieren gegenüber Importen aus den Ländern, deren nationale Wirtschaften wir mit unseren Exporten schädigen ...? Wer braucht eine Ausweitung des Handels beispielsweise mit Finanzdienstleistungen oder Lebensmitteln im globalen Maßstab?

Sinn und Zweck von Freihandelsabkommen ist die Wirtschaftsförderung, Deutschland und die EU haben bereits Hunderte abgeschlossen. Solange diese Abkommen nicht für die Verbesserung und Angleichung von Arbeits- und Umweltstandards sorgen, nützen sie eben *nicht* allen, es sind gerade die Unterschiede, die sie attraktiv für Unternehmen machen. Die Vorteile sind in den letzten Jahrzehnten vorwiegend großen, internationalen Konzernen zu Gute gekommen, kleine und mittlere Unternehmen profitieren weniger. BDI-Präsident Ulrich Grillo hat TTIP auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos als *kostenloses Konjunkturprogramm* bezeichnet;⁴³ kostenlos ist es aber nur für TNK, weil sie große Teile ihrer Kosten erfolgreich externalisiert haben: zu Lasten der Umwelt, der Beschäftigten und der Steuerzahler.

Wenn wir also keinen Nutzen in diesen Freihandelsabkommen sehen, sollten wir kaum geduldig abwarten, ob unsere Vertreter ihnen zustimmen möchten, nur weil große Konzerne und das Kapital sie für sinnvoll halten. Wenn Freihandelsabkommen, dann solche, die höhere Standards für den Schutz von Menschen und Natur vereinbaren. Andere braucht die Welt nicht.

Anmerkungen

- 1 Trade in Services Agreement (TiSA)
- 2 Investor-to-State Dispute Settlement (ISDS)
- 3 Autoren: Marika Armanovica/Roberto Bendini, DG Expo, SQM 03 Y 54, Rue Wiertz 60, B-1047 Brussels; [http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/IDAN/2014/536404/EXPO_IDA\(2014\)536404_EN.pdf](http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/IDAN/2014/536404/EXPO_IDA(2014)536404_EN.pdf), S. 16 (abgerufen 6.1.15)
- 4 Anti-Counterfeiting Trade Agreement
- 5 unabhängige Arbeitsgruppe der europäischen Datenschutzbeauftragten auf Basis des Artikel 29 der Datenschutz-Richtlinie 95/46/EC
- 6 am 12. März 2014
- 7 Das zeigt sich beim Vergleich seiner Angaben zu Inhalten der Verhandlungsrunden mit den nachträglich veröffentlichten Berichten der EK.
- 8 http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-13-720_en.htm?locale=en (abgerufen 1.2.15)
- 9 Dieter Janecek MdB, Sprecher für Wirtschaftspolitik der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, auf einer Tagung der Evangelischen Akademie Tutzing am 7.7.2015 (wie auch andere Referenten)
- 10 TiSA leak, veröffentlicht am 17.12.2014 von Associated Whistleblowers press (AWP) <https://data.awp.is/filtrala/2014/12/17/19.html> (abgerufen 14.1.15)
- 11 Vortrag von Prof. Dr. Christoph Scherrer, Leiter Fachgebiet Globalisierung und Politik, Universität Kassel, am 7.2.2015 in der Evangelischen Akademie Tutzing
- 12 Associated Whistleblowers Press
- 13 Intellectual Property Rights (geistige Eigentumsrechte)
- 14 SZ vom 18.12.2014, S. 24
- 15 <http://www.janalbrecht.eu/themen/datenschutz-und-netzpolitik/stellungnahme-zu-grundrechten-und-transparenz-bei-ttip-vorgelegt.html> (abgerufen 28.1.15)
- 16 zuständig für Grundrechte-Einschätzungen
- 17 am 21.5.2014

- 18 <http://www.boell.de/de/2014/05/07/datenschutz-ist-nicht-verhandelbar> (abgerufen 28.1.15)
- 19 vom 6.1.2015, <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+COMPARG+PE-546.558+01+DOC+PDF+V0//DE> (abgerufen 1.2.15)
- 20 General Agreement on Trade in Services der WTO
- 21 „Denn die Union weist die Aufgabe der Rechtsprechung den mitgliedstaatlichen Gerichten (sofern sie Unionsrecht anwenden) und dem EuGH zu.“ www.mehr-demokratie.de/fileadmin/pdf/CETA-Rechtsgutachten.pdf, S. 9 (abgerufen 28.1.15)
- 22 ich würde das als Lokalisierungspflicht übersetzen
- 23 Trading away privacy. TTIP, TISA and European data protection. <http://www.eurozine.com/articles/2014-12-19-bendrath-en.html> (abgerufen 6.1.15)
- 24 am 25.11.2014: http://ec.europa.eu/justice/data-protection/article-29/documentation/opinion-recommendation/files/2014/wp227_en.pdf (abgerufen 1.2.15)
- 25 „13. The European level of protection of personal data should not be eroded, wholly or in part, by bilateral or international agreements, including agreements on trade in goods or services with third countries.“ [wp227_en.pdf](http://ec.europa.eu/justice/data-protection/article-29/documentation/opinion-recommendation/files/2014/wp227_en.pdf), S. 4
- 26 Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung – WEED e. V.
- 27 blog.campact.de/wp-content/uploads/2014/09/Campact_TTIP_vor_Ort.pdf, S. 10 (abgerufen 28.1.15)
- 28 Comprehensive Economic and Trade Agreement, Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada
- 29 [Campact_TTIP_vor_Ort.pdf](http://blog.campact.de/wp-content/uploads/2014/09/Campact_TTIP_vor_Ort.pdf), S. 15
- 30 [Campact_TTIP_vor_Ort.pdf](http://blog.campact.de/wp-content/uploads/2014/09/Campact_TTIP_vor_Ort.pdf), S. 16
- 31 [Campact_TTIP_vor_Ort.pdf](http://blog.campact.de/wp-content/uploads/2014/09/Campact_TTIP_vor_Ort.pdf), S. 17
- 32 [tradoc_152806CETA.pdf](http://www.international.gc.ca/trade-agreements-accords-commerciaux/agr-acc/ceta-aecg/text-texte/10.aspx?lang=eng), <http://www.international.gc.ca/trade-agreements-accords-commerciaux/agr-acc/ceta-aecg/text-texte/10.aspx?lang=eng> (abgerufen 23.1.15)
- 33 Vortrag von Dr. Bernd Diekmann, Leiter Referat USA, Kanada, Mexiko, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, am 7.2.2015 in der Evangelischen Akademie Tutzing
- 34 eigentlich IWF-Sonderziehungsrechte (mit Währungsmix aus Dollar, Euro, Pfund und Yen)
- 35 Vortrag von Prof. Dr. Christoph Scherrer, Leiter Fachgebiet Globalisierung und Politik, Universität Kassel, am 7.2.2015 in der Evangelischen Akademie Tutzing
- 36 [tradoc_152806CETA.pdf](http://www.international.gc.ca/trade-agreements-accords-commerciaux/agr-acc/ceta-aecg/text-texte/10.aspx?lang=eng), S. 147
- 37 CETA-Rechtsgutachten vom Oktober 2014 von Prof. Dr. Andreas Fischer-Lescano, LL.M. (EUI), und Johan Horst, LL.M. (Georgetown), Zentrum für europäische Rechtspolitik (ZERP) an der Universität Bremen, www.eesc.europa.eu/resources/docs/04-gutachten_ceta_171014_final-fischer-lesceno.pdf (abgerufen 23.1.15)
- 38 CETA-Rechtsgutachten. S. 5
- 39 CETA-Rechtsgutachten, S. 33
- 40 Kopper, Christopher: Die Entwicklung des europäischen Binnenmarktes und die Einheitliche Europäische Akte von 1986. In: Themenportal Europäische Geschichte (2011): „Der Cecchini-Bericht suggerierte eine exakte Prognostizierbarkeit der wirtschaftlichen Wohlfahrtseffekte, die sich in der Retrospektive als unangemessen erwies. Ökonomen kamen in empirischen ex-post-Untersuchungen in einer kurzfristigen Betrachtung zu erheblich niedrigeren Wachstumsraten von 0,5 bis 1,5 Prozent, die durch den Binnenmarkt induziert wurden.“ <http://www.europa-clio-online.de/2011/Article=497> (abgerufen 23.1.15)
- 41 Selbst das wirtschaftsfreundliche IFO-Institut prognostiziert für die Mitgliedstaaten über die nächsten 15 Jahre (!) nur ein potenzielles Wachstum des Einkommens pro Kopf von 2,12%: „The long-run level of real per capita income would change by 2.12% in the EU, by 2.68% in the US, and by -0.03% in the rest of the world relative to the status quo.“ [cesifo1_wp5150.pdf](http://www.cesifo-group.de/ifo-Home/infoservice/News/2015/01/news-20150119-cesifo-wp-5150.html) (abstract), <http://www.cesifo-group.de/ifo-Home/infoservice/News/2015/01/news-20150119-cesifo-wp-5150.html> (abgerufen 23.1.15)
- 42 1,8 Millionen europäische Arbeitsplätze hatte schon der Cecchini-Bericht für die Vollendung des Binnenmarkts versprochen. www.europa-union.de/fileadmin/files_ebd/PDF-Dateien/EBD-EUD-Studie-Vital-endg.pdf (abgerufen 23.1.15)
- 43 Deutschlandfunk, 21.1.15

Dagmar Boedicker

Aus der Regionalgruppe München

Sylvia und Kai auf der Security Conference der Piraten

Am 24. und 25. Januar veranstaltete die Piratenpartei eine Konferenz in München, bei der es um internationale Sicherheitspolitik, kritische Infrastrukturen sowie die Mythen und Fakten des Terrorismus ging. Für Journalistinnen und Journalisten gab es am Sonntag außerdem einen ganztägigen Workshop, in dem sie erfuhren, wie sie sich und ihre Quellen schützen können.

Das Programm: Security Politics since Snowden

Weil ich zu spät von der Konferenz erfahren hatte, habe ich den ersten Teil des Programms verpasst, mit Stefan Körner, Dr. Mark Daniel Jaeger und Dr. Rob Imre. Zum Vortrag von Yvonne Hofstetter kam ich dann gerade rechtzeitig, um ein einigermaßen deprimierendes Fazit über *Key technologies for security measures* zu hören. Angelika Beer und Peter Matthiesen referierten anschließend über *Terrorist threats and the fight against them in the century of digital revolution* und *The comprehensive approach*, zwei kurze Vorträge, die am Sonntag fortgesetzt wurden. Diese Fortsetzung habe ich nicht gehört, denn der folgende Vortrag von Stephane Koch, *From attribution to appropriation, the brave new world of manipulation*, war

so anregend, dass ich den Sonntag dann für seinen Workshop reserviert habe. Vorher gab es am Samstagnachmittag aber noch einen Vortrag über Gas-Infrastruktur und Versorgungssicherheit in Deutschland und Europa, und dann das FIFF-Highlight, Sylvias und Kais Vortrag zum *Cyberpeace*.

Am Sonntag setzten Angelika Beer und Peter Matthiesen ihre Referate fort, außerdem trug Enno Lenze zur *Current Situation in Iraq* vor, und Peter Finkelgruen zu *Conflict dynamics in the Middle East*. Was mir sehr gut an der Konferenz-Planung gefallen hat, war ausreichend Zeit für Diskussionen, bei denen auch deutlich wurde, wie vielfältig das Publikum war: ein breites Spektrum, das von der Friedensbewegung zu Beschäftigten in der IT-Sicherheit reichte.